

# Der Gewerksverein

Centralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Sonnabend.  
Staatlich geprüfter Abonnementspreis 0,75 RM.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 12 Pf. mehr.  
Alle Kopienhalter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Gewerksvereine  
vom  
**Centralrat der Deutschen Gewerksvereine**  
(1914-1918)  
Berlin N.O. 25, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsanz., 40 Pf., Familienanz., 20 Pf.  
Verbandsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Gesamtherausgeber: Ernst Alexander, Nr. 4720.

Nr. 13/14

Berlin, Sonnabend, 16. Februar 1918.

Fünfundzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

**Friede im Osten.** — Kongreß freierwillig-nationaler Arbeitnehmerverbände. — Die Verbraucher nach dem Kriege. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Was dem Verbands. — Anzeigen.

## Friede im Osten.

Wie unsern Lesern schon aus den Tageszeitungen bekannt ist, haben die Mittelmächte mit der Vertretung der ukrainischen Volksrepublik am 9. Februar Frieden geschlossen und die Friedensbedingungen festgelegt. Am 11. Februar meldete uns der Telegraph aus Breslau, daß der Vorsitzende der russischen Delegation die Erklärung abgegeben hat, daß Rußland unter Verzicht auf die Unterzeichnung eines formellen Friedensvertrages den Kriegszustand für beendet erklärt und gleichzeitig Befehl zur völligen Demobilisierung der russischen Streitkräfte an allen Fronten erteilt habe. Das ist allerdings noch kein förmlicher Friedensschluß, jedoch dürfte damit auch der Krieg mit Rußland als beendet gelten. Das große russische Reich ist zusammengebrochen. Verschiedene Teile und Völkerstämme lösen sich von diesem Reich ab und bilden kleinere selbständige Staaten. Durch den Friedensvertrag mit der Ukraine ist auch der bisherige Krieg des Herrn Kragli gebrochen, und der Vorsitzende der russischen Unterhändler (ab jetzt insolge der Ereignisse genötigt, zunächst den Weg einzuschlagen, der uns bekannt geworden ist. Jetzt ruhen die Waffen im Osten. Aber im Westen müssen wir leider noch immer eine Fortführung des Krieges vor uns sehen. Der Kriegsrat der Entente in Versailles hat die Weiterführung des Krieges beschlossen. Jetzt wäre die beste Gelegenheit gegeben, auch auf der Seite Frieden zu schließen, wenn nicht der Godmut Englands einem solchen Friedensschluß gegenüberstände. Und nun muß das leider eintreten, was in der Friedensentschließung des Reichstags vom 19. Juli 1917 am Schluß gesagt wurde. Deutschland und seine Verbündeten haben mehrfach die Friedenshand ausgestreckt. Sie ist mit Eifer zurückgewiesen worden, und auch jetzt noch find unsere Widerlächer im Westen nicht geneigt, dem Frieden die Bahn eben zu lassen. Jetzt muß das wahrgemacht werden, was in jener Entscheidung des Reichstags zum Ausdruck kam, in der es heißt, „solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberungen und Vergewaltigungen bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen. Bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.“ Die nächsten Wochen werden uns zeigen, wie sich die Dinge im Westen entwickeln, und wir haben die feste Hoffnung, daß auch dort in absehbarer Zeit ein Ende des Krieges herbeigeführt werden wird. Zu unserer Beherrenleitung haben wir das Vertrauen, daß sie auch dort die Dinge zum guten Ende bringen wird. Bis dahin aber gilt es noch auszuharren; bei der letzten Phase dieses Krieges darf das deutsche Volk nicht müde werden.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, daß durch den Friedensschluß mit der Ukraine bessere Aussichten für unsere Rohstoffmittelversorgung für die Zukunft erwachen. Aber wir müssen der Annahme begegnen, als ob nun mit einem Schlag unsere ganze Rohstoffmittelversorgung besser werden würde. Gewiß ist die Ukraine ein Land, das reich an Naturprodukten und landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist. Ob infolge des Krieges dort noch große Vorräte vor-

handen sind, kann heute mit Gewißheit nicht gesagt werden. Aber auch wenn das der Fall ist, dann sind zurzeit die Verkehrsverhältnisse noch nicht derartig, daß jetzt ein großer Anfluß von Rohstoffmitteln nach Deutschland erfolgen kann. Das kann wohl mit der Zeit richtig organisiert werden, und das wird auch geschehen, da im Friedensvertrag derartige Bestimmungen über die Handelsbeziehungen mit der Ukraine festgelegt sind. Aber die Hoffnung besteht immerhin, daß es in absehbarer Zeit doch wieder besser wird, obwohl wir vor allzu großen Hoffnungen zunächst warnen müssen. Es wird noch einer längeren Zeit bedürfen, um die Verkehrsverhältnisse zu gestalten zu können, daß ein geregelter Warenanfluß, der auf beiden Seiten Nutzen schafft, wieder hergestellt werden kann. Aber der Frieden ist auf dem Marsch, und nun müssen wir ausharren, bis auch die Westmächte zur besseren Einsicht kommen.

## Kongreß freierwillig-nationaler Arbeitnehmerverbände.

Wir haben im „Gewerksverein“ Nr. 1 bis 8 eine Artikelserie „Freierwillig-national“ veröffentlicht, die die grundsätzliche Stellung der Deutschen Gewerksvereine kennzeichnet. Es ist uns gar nicht zweifelhaft, daß in Deutschland noch eine Reihe größerer und kleinerer Arbeitnehmerorganisationen vorhanden ist, die grundsätzlich dieselbe Richtung vertreten und auch das selbe wollen wie die Deutschen Gewerksvereine. Aber es war bisher nicht möglich, diese Organisationen zu einer engeren Interessengemeinschaft zusammenzuführen, dadurch dem freierwillig-nationalen Gedanken einen stärkeren Nachdruck zu geben und ihnen größeren Einfluß zu verschaffen.

Die mehr zur Sozialdemokratie neigenden Gewerkschaften sind fast reiflos der Generalcommission der Gewerkschaften angeschlossen; nur wenige kleinere Gruppen dieser Richtung dürften noch abseits stehen. Andererseits hat der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften die auf christlicher Grundlage aufgebauten Organisationen zusammengefaßt. Daneben wird von Zeit zu Zeit ein christlich-nationaler Arbeitertag abgehalten, an dem sich auch Gewerkschaften beteiligen, die nicht formell zum Gesamtverband christlicher Gewerkschaften gehören. Sie alle haben den Wert und die Notwendigkeit einer gemeinsamen Interessengemeinschaft erkannt und sich zur besseren Durchführung ihrer Bestrebungen mehr oder weniger fest zusammengeschlossen.

Dazwischen steht der Verband der Deutschen Gewerksvereine (Vörsch-Dunder), dem zur Zeit 17 einzelne Berufsgewerksvereine und 31 Ortsvereine anderer Art angehören. Aus dem Verbandstage 1907 wurde mit ganz besonderer Deutlichkeit und Schärfe der freierwillig-nationale Charakter unserer Organisation betont, seine parteipolitische Unabhängigkeit und seine religiöse Neutralität erneut hervorzuheben. Die gleichen Grundsätze, die von den Deutschen Gewerksvereinen und ihrem Verbande zum Ausdruck gebracht und vertreten werden, sind aber auch einer großen Anzahl anderer Arbeitnehmerorganisationen eigen, die nicht zum Verband der Deutschen Gewerksvereine gehören, die auch aus Gründen verschiedener Art einem solchen Anschluß ablehnend gegenüber stehen. Sie empfinden aber wohl alle, daß eine weit bessere Wirkung ihrer Tätigkeit ermöglicht und ein größerer Einfluß auf die Gestaltung der Dinge ausgeübt werden kann, wenn größere Massen dahinter stehen, als sie in den einzelnen Gruppen vorhanden sind. Ebenso wie der Einzel-

im wirtschaftlichen Leben nichts bedeutet, so kann auch eine einzelne Gruppe sich nicht den Einfluß und die Macht verschaffen, die sie zur Durchsetzung ihrer Forderungen notwendig hat. Der einzelne Mensch bedeutet im öffentlichen Leben nichts, wenn er nicht gerade eine bevorzugte Stellung einnimmt, und eine einzelne Vereinigung ist nicht imstande, aus sich selbst heraus Forderungen größerer Art und allgemeiner Natur zu verwirklichen, wenn sie nicht Ansehen sucht an andere, gleichartige Organisationen und dadurch „die große Zahl“ bilden hilft, die den Erfolg aller Bemühungen meist erst ermöglicht. Die Erkenntnis dieser Wahrheit hat die großen Verbände geschaffen, sie hat zu Arbeitsgemeinschaften verschiedener Art während der Kriegszeit geführt und im Reichen des Burgfriedens, der kürzlich aus Anlaß der Massenstreikbewegung eine starke Belastungsprobe durchmachen mußte, auch die verschiedenen Arbeiterorganisationen zu einer Annäherung in gemeinsamen Fragen gebracht, die zweifellos in vielen Dingen nutzbringend gewirkt hat.

Es kann aber auch keinem Zweifel unterliegen, daß nach Beendigung des Krieges wieder Meinungsverschiedenheiten über gewisse Fragen entstehen werden und entstehen müssen, denn Weltanschauungsgegenstände können auch durch den Burgfrieden nicht ausgeglichen werden. Sie bestehen weiter und werden nach dem Kriege weiterwirken. Sie wurzeln zum Teil in Ueberlieferungen, zum andern Teil aber auch in Erfahrungen und Lehren, die sich im Laufe der Zeit entwickelt haben. Jede Richtung wird dann ihre Berechtigung geltend machen und alles tun, um der von ihr vertretenen Auffassung Geltung zu verschaffen. Das braucht keineswegs in persönlich verletzender Art, sondern es kann bei gutem Willen in durchaus sachlicher Form geschehen, und wir hoffen, daß in Zukunft bei unermesslichen Auseinandersetzungen die sachliche Art der Verhandlung, wie sie in der Kriegszeit unter den Führern der Arbeiterorganisationen erfreulicherweise Platz gegriffen hat, nicht wieder durch persönliche Berührungslinien abgelöst wird. Es wird also jede Richtung in der Arbeitnehmererschaft sich bemühen, das, was ihr als das Richtige erscheint, zu vertreten und ihrer Eigenart entsprechend mit Kraft und Entschiedenheit durchzusetzen.

Diesen Dingen darf die freierwillig-nationale Arbeitnehmererschaft nicht mit verbundenen Augen gegenübersehen. Sie muß sich von der Einzelarbeit in allgemeinen Fragen zu befreien versuchen und an deren Stelle eine gemeinsame Betätigung setzen. Sie muß die heute noch bestehende Zersplitterung in ihren Reihen durch eine Gemeinamkeitsarbeit aus der Welt schaffen und die verfügbaren Kräfte zusammenführen, dadurch die Zahl vergrößern und ihren Einfluß stärken. Schon seit längerer Zeit haben sich führende Männer der freierwillig-nationalen Arbeitnehmererschaft über diese Frage eingehend unterhalten. Sie sind nun zu einer Uebereinstimmung in der Behandlung dieser Frage gekommen und beabsichtigen, in nächster Zeit einen Kongreß freierwillig-nationaler Arbeiter- und Angestelltenverbände einzuberufen, zu der alle Organisationen, die sich zu dieser Eigenart bekennen, die selbständig und unabhängig anzusprechen sind, eingeladen werden sollen. Dabei besteht keineswegs etwa die Absicht, die einzelnen Organisationen von ihren Arbeitsgemeinschaften, mit denen sie jetzt in Verbindung stehen, zu trennen. Der Kongreß soll sich auch nicht mit Fragen der Parteipolitik beschäftigen, das würde den Grundsätzen der Organisationen widersprechen und gehört auch nicht zu ihren Auf-

gaben, denn das ist Sache der verschiedenen Parteiorganisationen selbst. Er wird vielmehr dem Willen der freibeitlich-nationalen Arbeitnehmerschaft zur Förderung der allgemeinen Sozialpolitik Ausdruck zu verleihen haben und daneben zur Wohnungsfrage, zur Arbeitnehmer- und Wirtschaftspolitik im neuen Deutschland, zur staatsbürgerlichen Betätigung der Arbeitnehmerschaft und deren Vertretung in den Parlamenten Stellung nehmen müssen. Das sind Beratungsgegenstände von allgemeinem Interesse, bei denen auch keine Trennpunkte in der freibeitlich-nationalen Arbeitnehmerschaft hervortreten werden.

Der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften wie auch die Hauptvorstandskonferenz der Deutschen Gewerkschaften im Dezember 1917 haben ihre Bereitwilligkeit zur Teilnahme an diesem Kongress einmütig erklärt. Eine Anzahl anderer Organisationen von Bedeutung haben dasselbe getan, darunter auch mehrere Staatsarbeiterorganisationen und einige Organisationen der kaufmännischen und technischen Angestellten. Weitere Zusagen sind noch zu erwarten, so daß eine nicht unbedeutende Zahl von Organisationen vorhanden sein wird, die auf dem Kongress mit einer so stattlichen Mitgliederzahl auftreten, daß sie der freibeitlich-nationalen Arbeitnehmerschaft gemäß den notwendigen Nachdruck verleihen kann. Die Sache ist also im Fluß, und wir erhoffen nicht nur für jetzt, sondern auch für die Zukunft, daß diese Gemeinschaftsarbeit den gleichgerichteten Organisationen den gewünschten Einfluß verschaffen wird.

Die Wirkung des in Aussicht genommenen Kongresses wird naturgemäß umso stärker sein, je größer die Zahl der beteiligten Organisationen und ihrer Mitglieder ist. Wir möchten daher noch dem Wunsch Ausdruck geben, daß unsere Kollegen im Lande, insbesondere die Bezirksleiter der einzelnen Gewerkschaften und die Verbandssekretäre uns noch Organisationen nennen, die auf gleichem Boden stehen und die für den gedachten Zweck zu gewinnen sind. Die bessere Zusammenarbeit der vielen Vereinigungen, die heute allein, jede für sich arbeiten und dadurch in allgemeinen Fragen wenig oder nichts erzielen können, ist ein dringendes Gebot der Stunde und wird dazu führen, die Bedeutung der freibeitlich-nationalen Arbeitnehmerschaft überhaupt zu stärken.

### Der Verbraucher nach dem Kriege.

In der harten Gegenwart erscheint uns die Zukunft in rosigem Licht. Auch der Verbraucher schöpft neue Hoffnung, wenn er seinen Blick in jenes verheißungsvolle Land schauen läßt. Er trägt heute die Buherspreiße für jedes ihm nötige Ding in dem Vertrauen, daß bald eine andere Zeit kommen muß, in der Vernunft und geschäftliche Ehrenhaftigkeit wieder Ansehen gewinnen. Es wäre zum Verzweifeln und hieße den Glauben an Ehr und Wohllichkeit verlieren, würden die heutigen argen Zustände im Handel und Wandel Dauer gewinnen. Aber wir werden uns von den heute gewöhnlich gewordenen schlechten Sitten nicht leicht erholen. Moralische Tugenden heilen schwerer als körperliche. Zu den ärgsten Sünden gehört die Habgucht. Profitmacherei um jeden Preis galt in vielen Erzeuger- und Handelskreisen schon vor dem Kriege als geschäftliche Klugheit. Vielen schien alles erlaubt, was nicht gegen den Buchstaben des Gesetzes verstieß. Wer gewagte Geschäfte machte und dabei pfiffig dem Staatsanwalt entkam, galt in manchen Kreisen als ein „gerissener“ Mann und nicht als einer von zweifelhafter Ehre. Wir waren auch beim Geldverdienen auf dem Standpunkt des non olet angenommen. Nach der Meinung vieler schien alles erlaubt, was Erfolge versprach und nicht geradewegs zum Strafrichter führte.

Unsere Moral war in dieser Beziehung sehr bequem geworden; bequem und einträglich. Die breite Masse hatte sich fast daran gewöhnt, durch diese Moral mehr zur Ader lassen zu werden, als sich mit den Grundübungen eines redlichen Geschäftsmannes vertrat. Die Verbraucher fanden kaum noch ein Unrecht darin, wenn von zahlreichen Erzeugergruppen Vereinigungen gegründet wurden lediglich zu dem Zweck, die Preise für notwendige Gebrauchsgüter hoch und höher zu treiben. Man hatte zwar auch vorher kein reichliches Einkommen, aber der Verbraucher wurde von den meisten Erzeugern als ein Ader betrachtet, dem entnommen wird, was er mit allen Kränken nur hergibt. Es gab vor dem Kriege auch in Deutschland kaum noch eine Gruppe von industriellen oder landwirtschaftlichen Erzeugern ohne Vereinigung zur Einschränkung der Preise. Bei Rohle und Erz fing es an, und das Bestreben, unter allen Umständen

und mit allen Mitteln der Organisation dem Verbraucher möglichst hohe Gewinne abzugewinnen, ging durch unsere ganze Warenerzeugung; unter Warenhandel und auch die Landwirtschaft hatte sich ihm mit Leib und Seele verschrieben. Es gab nicht nur eine „Not der Landwirtschaft“ in Känisfäden, sondern auch viele andere Erzeugergruppen wurden plötzlich „notleidend“, wenn sie die Lage für günstig hielten, höhere Gewinne zu erzielen. So erstreckte sich noch und nach ein engmaschiges Netz von Preisvereinigungen unter allen möglichen Namen über das ganze Reich und der Gevriachte war stets der Verbraucher. Er litt umso mehr unter diesen Verhältnissen, je ausgesprochener er Nur-Verbraucher war und sich nicht in der Lage fand, die ihm auferlegten Lasten wiederum auf das eigene Erzeugnis oder die gehandelte Ware abzuwälzen.

Bei einem Blick in die Zukunft müssen wir uns dieser Vergangenheit erinnern. Es war tatsächlich so, daß der freie Wettbewerb völlig ausgeschaltet war. Wer sein Produkt wohlfeiler verkaufen wollte, als es die zuständige Preisvereinigung gestattete, geriet in Acht und Bann. Es wurden ihm die größten geschäftlichen Schwierigkeiten bereitet, und man wird sich erinnern, daß oft die Frage so stand: Entweder du bist noch und nimmst von dem Verbraucher einen höheren Preis, ganz gleich, ob er berechtigt ist oder nicht, oder du wirst geschäftlich von uns zugrunde gerichtet. Vielfach war durch Trusts, Kartelle, Preisföventionen und ähnliche Vereinigungen die gesetzlich gewährleistete Gewerbefreiheit für den Einzelnen vollständig vernichtet. Er mußte sich fügen oder untergeben, denn die meisten dieser Vereinigungen übten einen unerbittlicheren Zwang aus, als je eine Sandverfeinerung der „guten alten Zeit“. Das sind Tatsachen, gegen die schon vor dem Kriege ein Kampf geführt wurde. Man kann sie nicht beschönigen und wir Verbraucher sollen sie gerade heute nicht vergessen. Denn was ist der heutige gewalttätige Bucher anderes als ein in das Groteske gesteigerter Ausfluß jener Profitgucht, die schon vor dem Kriege nahm, was sie bekommen konnte.

Es wäre ganz verfehrt, zu glauben, daß nach dem Kriege aus einem Wolf ein Lamm werden könnte. Zwar wird der Bucher im heutigen Sinne keine ewige Dauer haben, aber man darf sich darüber nicht täuschen, daß Erzeuger und Händler kein Mittel scheuen werden, die Preise so hoch wie möglich zu halten. Auch nach dem Kriege werden wir alles viel teurer bezahlen müssen; daß diese Teuerung nicht noch künstlich durch eine organisierte Preistreibeerei gesteigert wird, ist ein Lebensinteresse der Verbraucher. Unser öffentliches Wohl, die Volksgesundheit, hängt davon ab, daß hier einwandfreie Zustände herrschen. Sie herbeizuführen ist aber eine sozialpolitische Pflicht. Der Weg zu diesem Ziel ist allerdings ein sehr schwieriger, denn der Einfluß der organisierten Interessengruppen ist stark und die Macht der Regierung ihnen gegenüber schwach. Wir fürchten, daß das „freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte“ auch in Zukunft, wo es sich um die Preisfestsetzung für eine große Anzahl notwendiger Gebrauchsgüter handelt, nichts als eine schöne Redensart sein wird und daß schon auf dem Gebiete der Zollpolitik die berechtigten Forderungen der Verbraucher dem stärkeren Willen gewisser Erzeugergruppen geopfert werden. Die Macht einer planvollen Organisation wird sich auch hier zeigen. Sämtliche Erzeugergruppen haben sie erkannt und sind meistens sehr fest zusammengeschlossen; bei den Verbrauchern ist das Gegenteil der Fall. Und doch bleibt ihnen in Zukunft kein anderes Mittel, als die organisierte Selbsthilfe übrig, wenn sie ihre Börse vor allzu großem Schröpfen bewahren wollen. Es ist färalich der Vorschlag gemacht, überall im Reich „Konsumenten-kammern“ zu gründen. Diese sollen die Gütererzeugung und die Preisbildung überwachen, sie sollen auf die Zoll- und Steuerpolitik Einfluß zu gewinnen suchen, das Gebaren der Trusts, Kartelle und Preisvereinigungen prüfen, furs, sich mit allem beschäftigen, das die Interessen der Verbraucher berührt. Ob derartige „Konsumenten-kammern“ praktisch arbeiten können und Aussicht haben, Einfluß zu gewinnen, soll hier nicht untersucht werden. Wir fürchten, daß sie ein dürrer Ast am Baume unseres wirtschaftlichen Lebens bleiben würden. Weit mehr erwartet man von einer Einrichtung, die schon heute auf eine allzuvolle Geschichte zurückblicken kann und bereits vor dem Kriege die Lebenshaltung von Millionen Verbrauchern wohltätig beeinflusste. Das sind die Konsumvereine. Wahrscheinlich werden sie nach dem Kriege einen ungeheuren Aufschwung nehmen. Sie stärken die Profitgucht in Erzeuger- und Händlerkreisen zum Ausdruck gelangt, um so größere Massen der Verbraucher werden diesen

Bereinen der Selbsthilfe zugetrieben, in denen sie vor allzu großer Ueberspannung Schutz suchen. Und die Konsumvereine bieten diesen Schutz in um so höherem Maße, je mehr sie sich entwickeln. Zwar können auch je sich den Einflüssen von Preisvereinigungen der Erzeuger nicht ganz entziehen; auch viele Waren, die sie verkaufen, werden von deren Preispolitik beeinflusst, auch sie sind den Lasten einer konjunktunfeindlichen Zoll- und Steuerpolitik unterworfen, aber sie stehen wenigstens den industriellen, kaufmännischen und landwirtschaftlichen Preisvereinigungen als Macht gegenüber, die sich Rücksichten erzwingen kann. Die Konsumvereine entziehen sich den preistreibenden Bestrebungen jener Vereinigungen, je mehr sie zu der Eigenproduktion übergehen, die schon vor dem Kriege einen großen Umfang erreicht hatte. Die Konsumvereine der nächsten Zukunft werden voraussichtlich große landwirtschaftliche Güter bewirtschaften, sie werden alle notwendigen Bedarfsgegenstände in eigenen Fabriken herstellen, sie werden große Werber sein und in zahlreichen Schiffen die Rohstoffe für ihre Betriebe über alle Weltmeere heranholen. Die bedeutungsvollen Anfänge für diese Entwicklung waren bekanntlich schon in den letzten Friedensjahren vorhanden und keine Kraft wird stark genug sein, diese Entwicklung zu hindern. Das ist nur dann möglich, wenn die breite Masse zu der Ueberspannung gelangt, daß sie im freien Handel vorteilhafter als in den Konsumvereinen kauft. Diese Entwicklung wird auch abhängigsvoll für den kleinen Zwischenhandel werden. Er wird von beiden Seiten anrieben und auch er hat daher jede skrupellose Preistreibeerei der Erzeugergruppen als gegen sein eigenes Leben gefährdet zu beurteilen. Eine gesunde Mittelstandspolitik müßte sich also nach dem Kriege mit Nachdruck auch gegen derartige Preistreibeerei wenden. Aber sie würde wenig Erlöse damit haben. Gegen einen Stahlpanzer kämpft man nicht mit einem Holzsäbel. So wird die Masse der Verbraucher voraussichtlich nach dem Kriege aus Laden und Werkstatt des kleinen Händlers und Handwerkers in hellen Säulen zu den Konsumvereinen abwandern. Diese werden die kraftvolle Organisation der Verbraucher bilden und durch das schwere Gewicht ihrer wirtschaftlichen Bedeutung sie vor der Behaglichkeit preistreibender Erzeuger- und Händlervereinigungen sicher stellen.

N. Corben.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 15. Februar 1918.

Auswahlsitzungen der Gesellschaft für Soziale Reform fanden vom 23. bis 25. Januar statt. Der Hauptauschuß der Gesellschaft nahm den Geschäftsbericht des stellvertretenden Generalsekretärs entgegen, der erfreuliche Fortschritte feststellen konnte. Nach eingehender Aussprache über den Bericht wurde der Entwurf einer Kundgebung behandelt, die die Forderungen der Gesellschaft an die künftige Sozialpolitik zusammenfassen soll und zu gegebener Stunde veröffentlicht werden wird. Anfang April soll der Inhalt der Kundgebung einer großen Mitglieberversammlung der Gesellschaft zugrunde gelegt werden, die nach Berlin einberufen werden wird, um die Wünsche der Arbeiter, Angestellten und Beamten kundzutun. Ein Antrag der Münchener Ortsgruppe zu einer Stellungnahme gegen unerschützte Mietssteigerungen fand grundsätzlich Annahme, vorbehaltlich eingehender Begründung. Der Verlauf der Auswahlsitzung, die vom Staatsminister Dr. Freiherrn v. Verloew geleitet wurde, berechtigt zu der Hoffnung, daß die Mitarbeit der angeschlossenen Verbände sich noch lebhafter gestalten und insbesondere auch zu einer weiteren Kräftigung des Massenstandes führen wird.

Der Unterausschuß für das Gastwirtschaftsgewerbe veranstaltete eine Sozialpolitische Konferenz, an der Vertreter aller größeren Gehilfenverbände und ein Vertreter der Prinzipale teilnahmen. Besprochen wurde die Frauenarbeit im Gastwirtschaftsgewerbe und die Vereinheitlichung der Gehilfenbezüge. Beide Gegenstände sollen in einer zweiten Konferenz Ende Februar nach erneuter Rücksprache der Vertreter mit ihren Verbandsvorständen zu Ende beraten werden. Der erliere unter stärkerer Beteiligung der Gastwirtschaftsorganisationen. Die Beratungen werden im gegenwärtigen Stadium als vertraulich angesehen.

Der Unterausschuß für das Arbeitsrecht führte seine Arbeiten über das Koalitionsrecht zu Ende. Das 4. Heft, das sich aus diesen Arbeiten hervorgegangen ist, befindet sich in Druck („Koalitionskampf und Zivilrecht“, Heft 60 der Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform, Ver-

lag G. Fischer, Jena, Preis 90 Mfa.), das 5. Heft liegt im Manuskript vor. Die Arbeiten des Untersuchungsbeirats haben sich somit Ansehen fruchtbarer gestaltet. In den letzten Sitzungen nahmen Vertreter der vier Gewerkschaftszentralen neben den Vorsitzenden der Gesellschaft und den Beiratsmitgliedern Trentano und Herfner teil.

**Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat Dezember 1917** zeigt nach dem „Reichsarbeitsblatt“ für die Hauptindustrien die gleich starke Beschäftigung wie die vorhergehenden Monate des Wirtschaftsjahres. Im Vergleich zum Dezember 1916 werden verschiedentlich Steigerungen der Beschäftigungen gemeldet. Die Abnahme der Beschäftigtenzahl, wie sie die Krankenlostatistik im Jahresablauf in der Regel erkennen läßt, ist auch dieses Mal eingetreten; sie ist aber nicht höher als 1915 ausgefallen.

Im Bergbau und Hüttenbetrieb herrscht die gleiche außerordentlich lebhafteste Nachfrage, wie sie für die vorhergehenden Monate zu berichten war. Zum Teil ist der Bergbau der Kohlenwerke dem Vormonat gegenüber etwas zurückgegangen. Die Eisen- und Metallindustrie wie der Maschinen- und Apparatebau arbeiten mit unverminderter Kraft fort. Das gleiche gilt für die elektrische Industrie. In der chemischen Industrie ist ebenfalls keine wesentliche Veränderung gegen den Vormonat zu erkennen, doch gestaltete sich der Beschäftigung vielfach günstiger als im Vorjahr. Auf dem Baumarkt ist eine besondere Veränderung der Beschäftigungsverhältnisse nicht eingetreten; der Winter macht sich durch eine geringe Steigerung der Arbeitslosigkeit bemerkbar.

Die Nachweisungen der Krankenkassen lassen für die am 1. Januar 1918 in Beschäftigung stehenden Mitglieder im Vergleich zum 1. Dezember 1917 eine Abnahme um insgesamt 136 406 oder um 1,5 v. H. erkennen. Auch am 1. Januar 1915, 1916 und 1917 war wie in den früheren Jahren eine Verminderung der Beschäftigung auf Grund der an das Reichsarbeitsblatt berichteten Krankenkassen zu erkennen. Der Rückgang hat zwar im vorigen Jahre nur 0,6 v. H. betragen, hatte sich jedoch in den beiden Jahren vorher auf 1,8 bzw. 1,2 v. H. gestellt, war also höher bzw. ähnlich hoch wie bei der jüngsten Feststellung. An der Abnahme der Beschäftigtenzahl, die sich am 1. Januar d. J. ergab, ist das weibliche Geschlecht in etwas größerem Maße als das männliche beteiligt. Die männliche Beschäftigtenzahl um 59 761 oder 1,4 v. H. (gegen 0,6 im Vorjahr und 1,9 v. H. am 1. Januar 1916 bzw. 1,8 v. H. Anfang 1915) zurück. Die weibliche Beschäftigtenzahl nahm nach der jüngsten Feststellung um 76 645 oder 1,7 v. H. ab (gegen 0,6 im Jahr vorher bzw. 1,7 v. H. am 1. Januar 1916). Bei der Beurteilung der Bewegung der männlichen Beschäftigtenzahl muß wieder berücksichtigt werden, daß die Kriegsanfangenarbeit in den Ergebnissen der Krankenkassenstatistik nicht enthalten ist.

Nach den Feststellungen von 85 Fachverbänden, die für 1 077 635 Mitglieder berichteten, betrug die Arbeitslosigkeit insgesamt 9452 oder 0,9 v. H. Die Arbeitslosenquote betrug im Vormonat 0,7 v. H. Infolge der Zunahme der Arbeitslosigkeit im Bauergewerbe (von 0,3 auf 1,8 v. H.), wie sie im Winter in der Regel auftritt, ist also eine geringe Gesamtzunahme der Arbeitslosigkeit eingetreten. Im Vergleich zum Dezember der drei vorhergehenden Jahre ist sie aber sehr viel niedriger; sie hat nämlich im Dezember 1911 7,2 v. H., im darauffolgenden Jahre 2,6 v. H. und im Dezember 1916 immerhin noch 1,6 v. H. betragen.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmontat für das männliche wie für das weibliche Geschlecht ein geringfügiges Sinken des Andranges der Arbeitsuchenden erkennen. Im Dezember kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 54 Arbeitsuchende (gegenüber 56 im Vormonat); beim weiblichen Geschlecht sank die Andragszahl von 108 auf 100. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkt deckte also das Angebot der Hilfskräfte die Nachfrage im Berichtsmontat.

Die bis Mitte Januar reichende Statistik auf Grund des Arbeitsmarkts-Anzeigers weist gegen den Vormonat nur insofern eine Veränderung der Verhältnisse auf, als die Zahl der nicht erledigten offenen Stellen im ganzen etwas herabgegangen ist. Neben das Vorjahr ist eine Verminderung der überschüssigen Arbeitsuchenden und eine entsprechende Vermehrung der nicht erledigten offenen Stellen eingetreten.

Die Berichte der Arbeitsnachweiser Verbände über die Beschäftigten im Dezember lassen für Posen, Berlin-Friedenstraße, ferner auch im ganzen für Hannover, Braun-

schweig, Oldenburg und Bremen keine erhebliche Veränderung der Lage erkennen. Für Schlesien gilt das gleiche für den männlichen Arbeitsmarkt, während die Vermittlungstätigkeit für Frauen und Mädchen einen Rückgang verzeichnete. Wie alljährlich um diese Zeit, zeigte sich bei der Mehrzahl der Verbände der Arbeitsmarkt weniger lebhaft als in den vorausgehenden Monaten. So hat in Thüringen, in Schleswig-Volstein, in Hamburg, in Westfalen, Rheinland, Württemberg und Baden die Inanspruchnahme der Arbeitsnachweise eine Verminderung erfahren. Auch in der Prov. Sachsen und in der Provinz Anhalt waren die Vermittlungsergebnisse in den meisten Arbeitsnachweisen geringer. Aus dem Sächsischen wird für Dezember im allgemeinen eine Verschlechterung der Lage des Arbeitsmarktes festgestellt.

**Erneuerung des Tarifs im Malergewerbe.**

Am 7. und 8. Februar haben im Reichsmitarbeiterverband und den Arbeitnehmerorganisationen des Malergewerbes stattgefunden, an denen auch der Kollege Bergmann von unierem Gewerkschaftsrat teilgenommen hat. Es handelte sich dabei um eine Erneuerung des Reichstarifs für das deutsche Malergewerbe vom Jahre 1913. Bei diesen Verhandlungen ist eine Verständigung ermöglicht worden, die dahin geht, daß die in dem Reichstarif getroffenen Vereinbarungen, insbesondere auch die in den Jahren 1916 und 1917 getroffenen Vereinbarungen über Teuerungszulagen, bis zum 15. Februar 1919 verlängert worden sind. Es ist dabei eine weitere Teuerungszulage gewährt worden, die vom 15. März 1918 ab in Städten oder Wohngebieten mit mehr als 100 000 Einwohnern 15 Pfg. im übrigen 10 Pfg. für jede geleistete Arbeitsstunde beträgt, und die vom 1. Juni 1918 ab noch einmal um 5 Pfg. pro Stunde steigt. Auf die vom 15. März 1918 an zu zahlende Teuerungszulage von 10 Pfg. oder 15 Pfg. werden Sonderzulagen insoweit angedreht, als sie seit dem 1. Oktober 1917 vereinbart worden sind. Streitigkeiten über den Inhalt dieser Vereinbarung werden von den Tarifämtern entschieden. Die Vertragsparteien verpflichten sich und ihre Bezirks- und Ortsverbände, ihren ganzen Einfluß für die Durchführung und Aufrechterhaltung dieser Vereinbarungen einzusetzen. Sie erklären, daß sie die Bestrebungen, die auf eine Erhöhung oder eine Herabsetzung der vereinbarten Teuerungszulagen während der Dauer dieser Vereinbarung abzielen, nicht anregen oder unterstützen, sondern ihnen als vertragswidrig entgegenzutreten werden.

**Nachlässe zur Massenstreikbewegung.**

Wir haben schon mehrfach unsere Stellung zu der Massenstreikbewegung bekanntgegeben und dabei den Standpunkt vertreten, daß diese Bewegung unter allen Umständen hätte vermieden werden müssen. Wir haben auch auf die Stellung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu dieser Bewegung hingewiesen. Im „Correspondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 6 vom 9. Februar 1918 ist nun ein längerer Artikel über diese Streikbewegung veröffentlicht worden, der u. a. auch erkennen läßt, woran es gelegen hat, daß eine Verständigung der Arbeiterführer mit der Regierung nicht möglich war. In dem Artikel wird gesagt:

Der Reichstanzler hatte die Eingabe der Generalkommission der Gewerkschaften zu den Verhandlungen vorgeschlagen, um dadurch die Teilnahme streikender Arbeiter in ihrer Eigenschaft als Gewerkschaftsmitglieder zu ermöglichen. Die Generalkommission konnte natürlich mit ihrer Vertretung betrauen wen sie wollte, und der vom Staatssekretär des Innern in Anlehnung an frühere Präzedenzfälle eingenommene Standpunkt wäre dadurch umschifft worden. Die Generalkommission selbst hatte, sobald sie dem Streik nicht nur fernstünd, sondern auch neutral zu bleiben entschlossen war, ihre Bereitschaft erklärt, den vom Reichstanzler vorgeschlagenen Weg zur Verständigung zu betreten, weil sie der friedlichen Beilegung des Streiks nicht hinderlich sein wollte. Der sozialdemokratische Parteivorstand stimmte ebenfalls dem Vorschlage zu, der aber von den Unabhängigen rundweg abgelehnt wurde. Sie nahmen das Obium auf sich, den politischen Zustand der Berliner Arbeiter zu einer völligen Niederlage zu führen, indem sie sich weigerten, mit den Vertretern der Gewerkschaften zusammen zu verhandeln. So kein gewerkschaftlicher Standpunkt muß diese Haltung der Unabhängigen aufs schärfste zurückgewiesen werden. Ihr liegt das gleiche Prinzip zugrunde, daß die schwerindustriellen Schmarotzer bei Arbeitsvermittlungen zu verachten pflegen, die zwar mit ihren streikenden Arbeitern verhandeln, die „Einnischung“ eines Dritten, der Gewerkschaft nämlich, in ihre Angelegenheiten ablehnen. Die Reichsregierung erkannte die wirtschaftliche Organisation der Arbeiter als Verhandlungs-

fähig an, weil sie in der Tat eine Vertretung der Arbeiterklasse darstellt, die „unabhängigen“ Drahtzieher in Berlin wiesen auch diesen Weg der Verständigung zurück und ließen die Arbeiter lieber mit dem Gewicht der Polizei in die Betriebe zurückgehen, als daß auf dem Verhandlungswege mit den Gewerkschaften gemeinsam ein möglicher Ausgleich gesucht wurde.

Damit ist erwiesen, daß der unabhängigen Sozialdemokratie an einer Beilegung des Streiks gar nichts gelegen war, daß sie vielmehr die Absicht hatte, durch diesen Streik die von ihr gewünschten politischen Ziele zu erreichen. Die Arbeiterchaft Deutschlands ist aber erfreulicherweise in ihrem überwiegend größten Teil nicht auf die Phrasen der unabhängigen Sozialdemokratie hereingefallen. Sie weiß, was auf dem Spiel anstand hat, und wir haben das Vertrauen zu ihr, daß sie auch in der Zukunft ihre Pflicht dem Vaterland gegenüber tun wird, ohne daß sie dabei nötig hat, irgend welche Rechte preiszugeben, die sie zu beanspruchen für nötig erachtet. In dem genannten Artikel des „Correspondenzblatt“ befindet sich weiter folgende Mitteluna:

Unter den Vertrauensleuten befanden sich zweifellos zahlreiche gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die aus ihren gewerkschaftlichen Streikführungen heraus über die Möglichkeiten eines Streiks und seiner Beilegung zu urteilen vermochten und die daher genau wußten, daß eine verlose Bewilligung der Arbeiterforderungen nie in Frage kommen konnte. Das ist bei einem gewerkschaftlichen Streik schon der Fall. Einen Sieg der Streikenden bei diesem politischen Demonstrationstreik vorauszusetzen, konnte nur wer entweder mit politischer Blindheit geschlagen war, oder wer den Streikenden in gewissenlofer Weise Trugbilder vorgekauft wollte, um seine eigenen Vortrefflichkeiten an dem entstehenden Feuer zu wärmen. Die deutsche Staatsgewalt nach bolschewistischem Vorbild durch Streiks zerrüttern oder auch nur in die Hand der unabhängigen Drahtzieher bringen zu wollen, wäre ein so verwerfliches Unternehen, daß gewerkschaftlich und politisch geübte Arbeiter dafür nie zu gewinnen gewesen wären. Es konnte sich also bei dem Streik lediglich um eine Demonstration handeln, die abzubrechen war, sobald ihr Zweck erreicht war.

Sier wird also klar gesagt, daß an einen Erfolg eines Massenstreiks gar nicht zu denken gewesen sei! Das war auch unsere Ansicht, und deshalb hat auch der Zentralrat der Deutschen Gewerkschaften in seiner letzten Sitzung vor der Beteiligung an diesem Streik mit aller Entschiedenheit gewarnt. Dieser Warnung haben sich dann auch die christlichen Gewerkschaften und die polnische Berufsvereinerung angeschlossen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in der nächsten Zeit weitere Enthüllungen über die Hintergründe bekannt werden, und es wird sich später zeigen, wie recht der Zentralrat gehabt hat, indem er zur rechten Zeit seine Entschliekung fasste und sie veröffentlichte.

Diese Frage des Massenstreiks ist auch, wie aus dem „Correspondenzblatt“ weiter hervorgeht, Gegenstand einer Konferenz der Zentralverbände der freien Gewerkschaften gewesen, die am 1. Februar in Berlin stattfand. Diese Konferenz hat mit allen gegen 2 Stimmen ihr Einverständnis mit der von der Generalkommission beobachteten Neutralität kundgegeben. Es ist gegen 4 Stimmen eine Entschliekung angenommen worden, in der die Konferenz ihre Auffassung von den Ursachen des Streiks präzisiert hat. Aber die Entschliekung wird nicht veröffentlicht, dagegen heißt es im „Correspondenzblatt“: „Wir sind aber zurzeit außerstande, unsern Lesern den Wortlaut dieser Resolution mitzuteilen.“ Es bleibt also auch hier abzuwarten, ob die Öffentlichkeit in der nächsten Zeit von dieser Entschliekung Kenntnis erhalten wird. Jedenfalls muß Klarheit geschaffen werden, die schon aus dem Grunde notwendig ist, um die wahren Urheber des Streiks herauszufindnen und zu den Gründen, die zum Streik geführt haben, Stellung nehmen zu können. Eine große Menge von Arbeitern, die am Streik beteiligt waren, haben überhaupt nicht gemerkt, weshalb gestreift wird und wenn man 10 von den Streikenden fragt, weshalb gestreift worden ist, dann erhält man mindestens 10 verschiedene Antworten. Das ist auch ein Beweis dafür, wie frevelhaft dieser Streik war.

Die vom Bundesrat beschlossenen Zulagen zu den Invaliden- und Unfallrenten sind zunächst nur bis zum 31. Dezember 1918 in Aussicht genommen worden. Jetzt wird durch die Tagespresse mitgeteilt, daß diese Zulagen voraussichtlich auch über den genannten Zeitpunkt hinaus gewährt werden sollen, weil mit Bestimmtheit zu erwarten ist, daß die Teuerung mit Ablauf des Jahres 1918 noch nicht behoben sein wird, sondern daß sie noch länger andauert, deshalb soll auf dem Wege der Gesetzgebung eine Weitergewährung der Zulagen be-

